

Deutschland.

Berlin, 30. November. Se. Majestät der König nahm gestern mit den königlichen Prinzen und den übrigen Fürstlichen Personen an der Herzoglichen Jagd Theil, die im Wildpark zu Dessau abgehalten wurde. Hierauf fand das Diner statt und nach Aufhebung der Tafel war Theater-Vorstellung, dieser folgte das Souper. Heute Morgens begibt sich die ganze Jagdgesellschaft per Extrazug von Dessau nach Köthen, nimmt dort zunächst das Dejeuner ein und hält alsdann eine Jagd auf Hasen ab. Nach dem Diner verabschieden sich Se. Maj. und Se. K. H. der Kronprinz und kehren mittelst Expreszuges von Köthen aus nach Berlin zurück; die übrigen königlichen Prinzen werden, wie man hört, morgen noch der Jagd beiwohnen, die der Prinz August von Württemberg auf seinem Revier in der Nähe von Köthen veranstaltet.

— Se. Maj. der König wird, wie man erfährt, in etwa 8 Tagen nach Königs-Wusterhausen fahren, und mit den königlichen Prinzen und anderen geladenen Gästen dort einige Hof-Jagden abhalten.

— Ihre Maj. die Königin-Wittve wird Anfangs nächster Woche die Residenz von Sanssouci nach Charlottenburg verlegen. Die Kronprinzlichen Herrschaften verlassen schon heute das Neue Palais zu Potsdam und nehmen während der Wintermonate die Residenz im hiesigen Palais. Ihre K. H. die Frau Kronprinzessin trifft heute Nachmittag mit den Kindern von Potsdam hier ein.

— In der Rede, welche Herr Kuranda gelegentlich der Adressdebatte am 27. im niederösterreichischen Landtage gehalten und welche von um so größerer Bedeutung ist, als die vorgeschlagene Adresse mit großer Majorität angenommen worden ist, der Landtag also sich mit den Ansichten des Redners identifiert hat, — in jener Rede spiegeln sich deutlich alle die Gefühle ab, von welchen die Reiter der öffentlichen Meinung in Oesterreich, und dazu gehörte ja Hr. Kuranda seit vielen Jahren, gegen Preußen besetzt sind. Die bitterste Gehässigkeit spricht aus jedem Worte derselben und der Redner schonte sich nicht, die augenfälligsten Unwahrscheinlichkeiten aufzuführen, um dem Eindruck seiner Ausfälle zu verstärken. Die Kollegen des Hrn. Kuranda haben ihm nicht ins Gesicht gelacht, als er behauptete, „der dämonische Mann in Berlin, dessen Namen er in dem Hause nicht nennen wolle“, sei die eigentliche Veranlassung zur Eisirungspolitik in Oesterreich gewesen; sie haben gläubig diese Fabel angehört, welche dem Grafen Brlecredi ein tröstliches Amusement verschaffen wird, und haben mit einem schallenden „Sehr gut“ ihre Zustimmung zu den Enthüllungen des Hrn. Kuranda gegeben, weil sie so wenig, wie der Mann, der zu ihnen sprach, etwas Anderes kennen, als den Gebanten: Preußen muß klein und demüthig gemacht werden, und Lüge und Verläumdung mögen vielleicht bessere Wirkung thun, als Bajonette und Kanonen. Hr. Kuranda empfiehlt die Wiederberufung des Reichsraths, um damit wenigstens die Süddeutschen zu fördern; er rath zur Wiederholung der Experimente, welche bereits Herrn v. Schmerling so glänzend mislungen sind, aber er stellt für das Gelingen derselben gewaltigere Hilfsmittel in Aussicht, als sie Hr. v. Schmerling je zur Hand gehabt, er verweist auf die Armee, welche die Regierung eifrig reformirt, damit sie sobald als möglich die Oberherrschafft in Deutschland für Oesterreich zurückerobere.

— Hrn. Kuranda's Rede sollten alle Diejenigen eifrig lesen und ihrem Gedächtnisse einprägen, welche sich in dem süßen Wahne wiegen, daß Preußens Aufgabe, über Deutschlands Unabhängigkeit mit starker Hand zu wachen, bereits so weit vollendet sei, um die Hände in den Schooß legen und mit müßigen Doktrinen sich die Zeit vertreiben zu können. Der Feind, der im vergangenen Sommer so glänzend aus dem Felde geschlagen worden, hat seine Sache noch lange nicht verloren gegeben; widerwillig hat er sich zwar zurückgezogen, doch nur, um seine Kräfte zu sammeln und eine Gelegenheit zu erlauern, die zu erneutem Schlage günstig wäre.

— Die „N. A. Z.“ schreibt: Die kleine bairische Lokalpresse wird von den süddeutschen Feinden Preußens benutzt, um die leidenschaftlichste Stimmung gegen Preußen bei den untersten Volksschichten hervorzurufen. Eine liebliche Phantastie müht sich ab, die ungeheuerlichsten Geschichten zu erfinden und Witzeleien auszusinnen. Je weniger Geist aber, desto größer die Schmähsucht. Mit dieser Presse wetteifert jetzt die Lokalpresse von Hessen-Darmstadt in verleumdnerischen Angriffen gegen Preußen, und diese kleineren Lokalblätter Süddeutschlands mit Stoff zu versorgen, ist in München ein Korrespondenz-Bureau gegründet worden, das unter österreichischem Einfluß redigirt und aus österreichischen Fonds bezahlt wird. Hand in Hand geht, der Tendenz nach, die in Paris erscheinende Korrespondenz des Dr. Landsberg, welche die größten und weiter verbreiteten Zeitungen im Auge hat.

Allen diesen lichtscheuen Bemühungen gegenüber, die Lösung der geschichtlichen Aufgabe, welche die Vorsehung Preußen gestellt hat, zu verhindern, wenigstens zu erschweren, erinnern wir uns, daß keine sterbliche Hand den Fortschritt der Weltgeschichte zu höheren Stufen der menschlichen Entwicklung zu hemmen vermag.

— (N. A. Z.) Auf die Einladung der preussischen Regierung wegen Eröffnung der Beratungen über den dem norddeutschen Parlament vorzulegenden Verfassungsentwurf und wegen des Termins für die Einberufung des Parlaments sind bereits von vier Regierungen zustimmende Antworten eingegangen.

— Der Civil-Kommissarius in Hannover, Geh. Regierungsrath v. Hardenberg, ist gestern früh von dort hier angekommen und hatte bereits, wie der Civil-Administrator in Frankfurt a. M., Landrath v. Madai, Konferenzen mit dem Unterstaatssekretär von Thile und dem Geh. Rath v. Savigny.

— Zu dem Etat für das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- u. Angelegenheiten hat der Abgeordnete Richter (Berlin)

den Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staats-Regierung aufzufordern, das durch den Friedensvertrag mit Sachsen vom 21. Oktober (Art. 20) ihr unbeschränkt überlassene Jus reformandi auf die Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz dahin anzuwenden, daß: 1) keine neuen Anwartschaften ertheilt und Niemand in den Besitz einer Stelle gesetzt werde (Kabinetts-Ordre vom 30. Oktober 1810, § 3); 2) die Einkünfte der genannten Stifter fortan ausschließlich zu kirchlichen und Unterrichtszwecken verwendet werden (Kabinetts-Ordre vom 28. Februar 1845).

— Einer Verfügung der Telegraphen-Behörde zufolge sind sämtliche Vereins-Verwaltungen, sowie die Verwaltungen der preussischen Eisenbahnen, welche das neue Reglement für die Benutzung der Eisenbahn-Telegraphen angenommen haben, damit einverstanden, daß in den Fällen, wo nicht reformandirte per Post oder Bote weiter beförderte Depeschen unbestellbar werden, die entstandenen Weiterbeförderungskosten von der Verwaltung getragen werden, zu deren Refort die Adress-Telegraphenstation gehört.

— Die Telegraphen-Verwaltung hat angeordnet, daß ein entsprechender Theil der Empfangsbefehinigungs-Formulare, behufs ausschließlicher Verwendung bei reformandirten Depeschen, auf Papier von hervorstechend (grüner) Farbe gedruckt werden. Ebenso sollen für die Retour-Depeschen Couverts von derselben Farbe zur Verwendung kommen, um dadurch die Empfänger sofort erkennen zu lassen, daß sie die Retour-Depesche der von ihnen ausgegebenen reformandirten Depesche erhalten.

— In den sämtlichen preussischen Lazarethen befinden sich gegenwärtig noch 1092 Verwundete, wovon 814 auf die preussische Armee, 1 auf die verbündeten und 277 auf die feindlichen Truppen kommen.

— Die amtliche Zusammenstellung der diesjährigen Ernte-Ergebnisse in Preußen (mit Ausschluß der neuen Landestheile) ist nun vollendet. Sie beruht auf ungefähr 500 Spezialberichten. Das Gesamtergebnis stellt sich günstiger als im vorigen Jahre, trotzdem daß die Nachfröste im Mai und die anhaltende Nässe im Juli und August für die Feldfrüchte, besonders für Roggen und Kartoffeln, sehr nachtheilig gewesen sind. In jeder Beziehung besser als voriges Jahr ist die Ernte in Hinsicht auf Körner, Stroh, Futtergewächse und Heu ausgefallen. Den Durchschnittsertrag der letzten zehn Jahre hat sie in Weizen, Gerste und Hafer erreicht, in Erbsen überstiegen, in Roggen und Kartoffeln aber nicht erreicht. Unter den verschiedenen Provinzen stellt sich das Verhältniß des Körnerertrages folgendermaßen: am reichsten war derselbe in der Provinz Preußen, dann nimmt er in folgender Reihe ab: Westphalen, Schlesien, Pommern, Rheinprovinz, Sachsen, Posen, Brandenburg.

— Nach den über die Wehrpflicht in Preußen bestehenden Vorschriften werden junge Leute, welche sich dem Studium der evangelischen oder katholischen Theologie widmen, bis zu ihrem vollendeten 26. Jahre zurückgestellt und, wenn sie bis dahin das Examen abgelegt oder die Priesterweihe erhalten haben, für Friedenszeiten vom Militärdienste befreit. Von jüdischen Theologen ist in dem betreffenden Paragraphen nicht die Rede, während dieselben bisher in Hannover bekanntlich ebenfalls von dem erwähnten Dienste befreit waren. Wie der „Zig. f. N.“ berichtet wird, ist der bisher auf dem jüdisch-theologischen Seminar zu Breslau herangebildete und demnächst zur Uebernahme einer sogenannten Stiftsgelehrtenstelle in Hannover eintreffende Sohn des Land-Rabbiners Landsberg zu Hildesheim von Seiten des Herrn General-Gouverneurs gleichfalls von Ableistung der Dienstpflicht befreit worden.

— An dem jetzt begonnenen Hauptkursus der hiesigen Central-Turnanstalt nehmen 30 Offiziere und 20 Civileleven Theil. Außerdem sind als Hospitanten dazu Offiziere aller norddeutschen Militär-Kontingente kommandirt.

— Eine Verfügung der Minister der Finanzen des Handels und des Innern betrifft das Hausiren. Demnach sollen fortan Gewerbescheine zum Hausiren mit allen Gegenständen an alle Angehörigen der neu erworbenen Gebiete, welche in denselben einen festen Wohnsitz haben, sobald den gesetzlich vorgeschriebenen Erfordernissen genügt ist, ertheilt werden. Die desfallsigen Gesuche Angehöriger dieser Landestheile sind jedoch vorerst noch nach der für Ausländer gegebenen Vorschrift an die Regierungen zu richten. Daß Angehörige von Zollvereinsstaaten, sofern ihnen der Gewerbebetrieb im Umherziehen, für welchen die Steuer ermäßigt werden darf, gestattet worden, auch ferner nur dieselbe Steuer wie die Inländer zu erlegen haben, wird als selbstverständlich bezeichnet.

— Die süddeutsche militärische Einheit macht gefährliche Fortschritte, zunächst in der Bewaffnung. Der König von Württemberg hat sich, nachdem er Versuchen in der Schweiz persönlich beigezogen, für eines der dort zahlreich in Vorschlag und Probe begriffenen Muster entschieden. Das bairische Kriegsministerium läßt nach dem Vorschlag von Podewils arbeiten. In Baden ist man, wie zu erwarten, für preussisches Muster. Also: Quot capita tot sensus!

— Es ist ein neues Reglement erlassen, betreffend die Marschvergütung für Heerespflichtige, welches der „Staats-Anzeiger“ heute veröffentlicht.

— Heute hatte die Dotationskommission des Abgeordnetenhauses in Gegenwart der Minister v. d. Heydt und Graf zu Eulenburg ihre erste geheime Sitzung, der morgen Abend eine zweite folgen wird. — Die Justizkommission erledigte heute in Gegenwart des Geh. Rathes Schelling einige Petitionen und beschloß sich, nachdem der Kommissar die Sitzung verlassen, in vorbereitender Weise mit den Anträgen der Abg. Hoppe und Eberly, die Geschworenengerichte und die Pressfreiheit betreffend. In Bezug auf den ersteren führte Referent Abg. Hoppe aus,

daß er eine Abänderung der Verfassung implizite. — Die Annorkommission hat gestern den Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung bairischer und hessen-darmstädtischer Gebietsheile in Preußen, einstimmig dem Hause zur Annahme zu empfehlen beschlossen und den Abg. Grafen Schwerin mit der Berichterstattung für das Plenum beauftragt. Die Regierung war durch den Geh. Legationsrath König vertreten.

— Die Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Abgängen von Schweinen aus Belgien ist durch königlichen Befehl vom 25. November für die sämtlichen Grenzen des Königreichs wieder freigegeben. Für die Einfuhr von Rindvieh, Rindfleisch, Häuten u. sind die Zollvereinsgrenzen geöffnet, mit Ausnahme der Grenzburau von Gemmenich und Mougzen.

— Die Nachricht hiesiger Zeitungen, daß neue Postmarken im Betrage von 10 Sgr. und 1 Thlr. ausgegeben werden sollen, erhält durch folgende Verfügung des General-Postamts Aufklärung, welche das „Fr.-Bl.“ mittheilt und die folgendermaßen lautet: „Es soll von den Eisenbahn-Postanstalten für die Tage vom 15. bis incl. 31. Dezember c. das gesammte, für Fahrpost-Sendungen jeder Art baar erhobene Franco durch Aufleben von Freimarken verrechnet werden, so daß in jenen Tagen das Eintragen von Franco in die Abgangs-Resapitulationen und Fahrpost-Abgangs-Register bei den Eisenbahn-Postanstalten nicht vorkommen kann. Zur Erleichterung des Verfahrens werden den Eisenbahn-Postanstalten zum Dienstgebrauche, außer den vorhandenen, zum Verlaufe an das Publikum bestimmten Sorten, noch Freimarken zu 10 Sgr. und 30 Sgr. geliefert; diese sind nicht zum Verlaufe bestimmt.“

— Zu dem Etat der Justiz-Verwaltung ist von dem Abgeordneten Dr. Eberty der Antrag gestellt: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentritt einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, durch welchen den Gefangenen der Verdienst ihrer Arbeit in den Gefängnissen ungeschmälert oder doch in größerem Maße zugewendet wird, als dies nach den jetzt zur Anwendung kommenden Bestimmungen der Fall ist, und insoweit eine Abänderung der Instruktion vom 24. Oktober 1837, der Allerhöchsten Ordre vom 14. Juli 1839 (J.-M.-B. S. 270) vom 8. Juni 1846 (J.-M.-B. S. 115), der allgemeinen Verfügung vom 10. April 1854 (J.-M.-B. S. 168) im Wege der Gesetzgebung herbeizuführen.

— Es ist jetzt doch noch Aussicht vorhanden, daß das Genossenschaftsgesetz zu Stande kommt. Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat nämlich die Besorgnis der Staatsregierung, daß nach Erreichung des § 4, welcher die Anerkennung und das Oberaufsichtsrecht durch die Oberpräsidenten statuiert, die Genossenschaften sich mit andern Sachen, wie Politik, beschäftigen können, dadurch zu beseitigen gesucht, daß sie in Uebereinstimmung mit Schulze-Delitzsch einen Paragraphen in das Gesetz aufgenommen hat, worin die Beschäftigung mit anderen als zum Geschäfte der Genossenschaften gehörigen Dingen mit einer ziemlich bedeutenden Geldstrafe bedroht wird. Die Regierung scheint denn auch Willens zu sein, hierauf einzugehen.

— Auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird gesetzt werden: Schlußberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Ermäßigung und Aufhebung des Gerichtsosten-Zuschlages. Referent: Abgeordneter Bode. Antrag des Referenten: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: dem vorbezeichneten Gesetzentwurf unverändert die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Kiel, 27. November. Bei der königlichen Marine werden jetzt gezogene vierstündige Hinterladungsgeschütze eingeführt. Das hier stationirte Wachschiff „Thetis“ hat in diesen Tagen zwei solche Bootkanonen von Berlin erhalten und werden mit diesen Geschützen in nächster Zeit Schießübungen abgehalten.

Hadersleben, 26. November. In einem gegen die Kopenhagener „Berlingste Tidende“ gerichteten Artikel schreibt die „Nordf. Tid.“: „Wir Schleswig-Holsteiner bedürfen Gottlob keiner weiteren historischen Deductionen und Beweise dafür, daß wir nicht Dänen, sondern Deutsche sind, seitdem Preußen für unser Recht eintrat und es zur Geltung brachte. Wir können deshalb gern mittelidig stillschweigen, wenn die „Berl. Tid.“ in eine schlecht verhehlte Wuth ausbricht, weil die 30jährigen Bestrebungen der Dänen schließlich doch nicht die „Schleswig-Holsteinschen Auführer“ zu Dänen haben machen können, denn verwundeter Dünkel und Eigenliebe sind ein gar bitteres Gefühl, welches nur durch die Zeit getheilt zu werden vermag. Wir Schleswig-Holsteiner fühlen uns durchaus zufrieden mit dem von Preußen herbeigeführten Abschluß unserer Sache; wir haben das: „Los von Dänemark!“ vollständig erreicht.“

Hannover, 29. November. Der „S. C.“ berichtet: Bislang war es Sitte, daß beim Wechsel in der Regierung der neue Regent Klosterplätze verließ, wenn die betreffenden Damen auch keine Expectanzen darauf hatten. Es ist jetzt den Bestimmungen angezeigt, daß Se. Maj. der König Wilhelm dieses Recht ebenfalls ausüben und demnächst neue Klosterplätze vertheilen wird.

— Gestern Abend beehrte der Civil-Kommissar, Geh. Regierungsrath v. Hardenberg, in Begleitung des Regierungs-Referendar v. Thielau, den hiesigen Arbeiterverein mit seinem Besuche. Beide Herren wohnten nacheinander dem Unterrichte im Rechnen, Zuschneiden und Maßnehmen für Kleidermacher, im Modelliren und in der englischen Sprache bei. Der Civilkommissar bezeugte überall seinen Beifall und seine besondere Anerkennung über Streben und Wirksamkeit des Vereins und versicherte ausdrücklich, daß es Prinzip der preussischen Regierung sei, derartige nützliche Vereine nach allen Richtungen hin zu unterstützen. Auch wies er wieder-

holt auf die bald kommende völlige Veränderung der preussischen Gewerbeordnung hin, wobei jeder Zwang vollständig schwindet und dem freien, tüchtigen und strebsamen Arbeiter ein größeres Feld der Thätigkeit und des Erwerbes eröffnet werden würde.

Mit der Verfertigung der Beamten ist bereits bei der Postverwaltung bedeutend vorgegangen. Es sollen bei dieser nicht weniger als 50 Beamte versetzt sein. Auch in der Telegraphenverwaltung sollen weitere Versetzungen bevorstehen; namentlich soll für die bei der Königl. General-Direktion der Eisenbahnen und Telegraphen mit Telegraphen-Sachen beschäftigten Offizianten schon auf den 1. Januar 1867 eine anderweitige Placierung zu erwarten sein.

Emden, 27. November. Die Gemeinde-Vorsteher des Amtes Emden beschloffen und unterzeichneten am 16. Oktober eine Loyalitäts-Adresse an Sr. Maj. den König Wilhelm. Auf diese Adresse ist nun vor einigen Tagen folgendes huldreiche Erwidern eingegangen:

Ich habe die am 16. v. M. aus Anlaß der Wiedervereinigung des Fürstenthums Ostfriesland mit der preussischen Monarchie von den Vertretern der Gemeinden des Amtes Emden eingereichte Adresse mit den Gelöbnissen unverbrüchlicher Unterthanentreue sehr gern entgegen genommen und denselben unter Versicherung Meines landesväterlichen Wohlwollens Meinen herzlichsten Dank hierdurch zu erkennen geben wollen.

Berlin, den 12. November 1866. Wilhelm.
— Dr. Gallenkamp aus Berlin verweilt gegenwärtig hier, um sich bezüglich der hiesigen Verhältnisse wegen Errichtung einer Filiale der preussischen Bank zu informiren.

Stade, 26. November. Der „S. C.“ berichtet: Am 23. begann die Stellung und Musterung der Militärschützen aus dem hiesigen Landdrosteibezirk aus den Jahren 1843, 1844 und 1845 vor der Kreis-Ersatz-Kommission hieselbst und wird morgen beendet werden. Das Verfahren ist hier in Ruhe verlaufen und Störungen der Ordnung, wie sie von anderen Orten gemeldet werden, sind hier nicht vorgefallen. Dem Vernehmen nach ist der größere Theil der Mannschaften für tauglich zum Dienste befunden.

Münden, 26. November. Eine Huldigungs-Deputation an Sr. Maj. den König Wilhelm will auch die Stadt Münden nach einem Beschlusse des Magistrats und der Bürgervorsteher absenden. Diese Deputation soll außer der Huldigung die Wünsche der Stadt wegen des Ausbaues des alten Schlosses zur Kaserne überbringen; man hält nämlich eine Garnison für die Stadt für sehr wünschenswerth, vorausgesetzt, daß eine Kaserne eingerichtet wird. Zugleich soll der Bau einer Bahn von Wippenhausen nach Münden beschleunigt werden.

Rassel, 28. November. Die Kassenscheine, welche in Leipzig angefertigt wurden, waren hauptsächlich dazu bestimmt, um damit die im Umlauf befindlichen kurhessischen Kassenscheine, welche sehr defekt geworden waren, aus dem Verkehr zurückzuführen. Sie sollen aber nunmehr nicht verausgabt, vielmehr die Einlösung der alten kurhessischen Kassenscheine vermittelt preussischer Kassenscheine bewirkt werden.

— Dr. Wilh. Koffka, bisher in Mannheim, übernimmt zum 1. Dez. die Redaktion der Kasseler Zeitung.

Sana, 27. November. Dieser Tage fand hier das Kreis-Ersatzgeschäft statt, welches in aller Ruhe verlief. Die Burschen durchzogen, mit Blumen und Bändern geschmückt, singend die Straßen der Stadt, nicht anders, wie bei den früheren hessischen Aushebungen auch.

Wiesbaden, 27. November. Heute wurde in der protestantischen Kirche die Vereidigung der hier garnisonirenden vormaligen kurhessischen Truppen vollzogen. Der Akt wurde durch eine Rede des Kirchenraths Eibach eingeleitet und durch einen preussischen Oberst in Gegenwart mehrerer Offiziere vollzogen.

Koburg, 28. November. Die „Köln. Ztg.“ ließ sich vor Kurzem, gelegentlich des Besuchs, welchen der Prinz Friedrich von Augustenburg am hiesigen Hofe abstattete, von hier aus schreiben, daß der Prinz sich sehr niedergeschlagen gezeigt und seine einzige Hoffnung nur noch auf ein finanzielles Abkommen mit der Krone Preußens, unter Vermittelung unseres Herzogs Ernst, gesetzt habe. Zu dieser, später durch die meisten Blätter ergangenen Mittheilung der „Kölnischen“, bemerkt heute die hiesige offiziöse Zeitung:

„Die neuliche Anwesenheit des Herzogs von Augustenburg am hiesigen Hofe hat einem erfindungsreichen Korrespondenten der „Köln. Ztg.“ zu allerlei Konjekturen Veranlassung gegeben. Wir bemerken dazu, daß der Herzog (?) Friedrich als intimer Freund Sr. Hoh. des Herzogs, vor Kurzem höchstselben besucht hat, wie dies ja oft und unter allen Verhältnissen geschehen ist. Dagegen ist von Augustenburgischen Verhandlungen mit der Krone Preußen — direkten oder indirekten, offiziellen oder vertraulichen — nicht das Geringste bekannt, und dürfte daher die ganze Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ als eine müßige Fabel zu bezeichnen sein.“

Ausland.

Paris, 28. November.
— Von Neuem und mit größerer Bestimmtheit taucht das Gerücht wieder auf, Graf Walewski werde, Angesichts der heißen Tage, welche die kombinierte royalistisch-republikanische Opposition im gesetzgebenden Körper der Regierung wegen der mexikanischen Katastrophe bereiten wird, dem wortgewandten und entschiedenen Barocke auf dem Präsidentenstuhl Platz machen. Walewski würde dafür das Ministerium des Kaiserlichen Hauses erhalten und Marschall Bailant, der gegenwärtige Inhaber dieses Amtes, an Stelle des allerschwachsten und kranken Grafen Flahault, Großkanzler der Ehrenlegion werden.

London, 27. November. Durch das transatlantische Kabel kommt aus Newyork die kurze Anzeige, daß James Stephens, das Oberhaupt der Fenier, die Vereinigten Staaten verlassen haben soll. Statt der Vereinigten Staaten darf man, um den Bestimmungsort noch genauer zu kennzeichnen, ohne Zweifel Amerika lesen; denn nach Canada wird Stephens sich schwerlich begeben haben. Frühere Andeutungen ließen vermuten, daß er nicht den direkten Weg nach seiner heimathlichen Insel einschlagen, sondern von Newyork vorab nach Bremen reisen würde. Sollte es dem C. O. I. R. (d. i. Central-Organisator der Irischen Republik) gelingen, sich wieder in Irland einzuschleichen, der angestrengten Wachsamkeit der britischen Behörden zum Troste, so thut er seinen Landesleuten einen schlimmen Dienst.

Florenz, 27. November. Die hiesigen Blätter bestätigen

die Nachricht, daß das Parlament am 15. Dezember eröffnet werden soll. Man glaubt, das Ministerium habe bereits das Budget vorbereitet, welches zuerst diskutiert werden soll.

Pommern.
Stettin, 30. November. (Sitzung des Bürger-Vereins am 29. November.) Der Vorsitzende gab zunächst einen kurzen Bericht über den Ausfall der Stadtverordnetenwahlen, hob das Streben des Vereins hervor, bedauerte, daß von anderer Seite viel gegen den Verein agitirt worden, hofft aber, daß derselbe dennoch bei künftigen Gelegenheiten seine Schuldigkeit thun werde. Demnachst zur Tagesordnung übergehend wurde das Antwortschreiben des Magistrats betreffs der Grab- und Stolgebühren mitgetheilt, welches dahin lautet, daß die Angelegenheit wegen Aenderung des Leichen-Reglements und Ermäßigung der Leichengebühren schon bei demselben bearbeitet und dabei auch die Frage wegen Abschaffung oder Erhaltung des Armenkirchhofes zur Erledigung kommen werde. Die Abschaffung der Stolgebühren und Fiktion der Kirchenbeamten sei Sache der Kirchenbehörden, da es zunächst Sache der Kirchengemeinden ist, darüber zu beschließen, in welcher Art sie die Kosten ihrer Verwaltung aufbringen wollen, und es wird anheimgegeben, sich an die kompetenten Behörden dieserhalb zu wenden. Nach längerer Debatte über den letzteren Punkt wurde beschlossen, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, vielmehr die Angelegenheit der bereits bestehenden Kommission betreffs weiterer Vorschläge zu überweisen. — In Betreff des Dienstmannwesens überzeugte sich die Versammlung, nach Vorlesung der dieserhalb erlassenen Verordnung nebst Tarifs, daß Seitens der Königl. Polizei-Direktion Alles geschehen sei, was nur gewünscht werden könne; es wurde von weiteren Anträgen Abstand genommen und folgende Resolution beschloffen: „Nach genommener Kenntniß vor der Verordnung und dem Tarife vom 21. April 1866, betreffend das hiesige Dienstmannwesen, nimmt der Bürger-Verein von einem desfallsigen Antrage an die Königl. Polizei-Direktion Abstand, hält es aber, unter dem Anheimgeben, sich Verordnung und Tarif zu beschaffen, für bringend wünschenswerth, daß die Mitbürger etwaige Ueberschreitungen einzelner Dienstmänner zur sofortigen Kenntniß der Königl. Polizei-Direktion bringen. Tarif und Verordnung ist bei der letztgedachten Behörde zu haben.“ — Die eingegangene und motivirte Frage: „Würde es sich nicht empfehlen, dahin zu wirken, daß der Bau von Leichenhallen auf den hiesigen neuen Kirchhöfen ebenso wie die der Halle auf dem Zwölf-Apostel-Kirchhofe in Berlin hergestellt werde?“ wurde bis auf Weiteres bei Seite zu legen beschloffen, weil nach einer Mittheilung bereits dieserhalb Seitens der städtischen Behörden Schritte unternommen seien.

— Dem Premier-Lieutenant D'onne vom Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. pommersches) Nr. 2 ist die Erlaubniß zur Anlegung des von dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin ihm verliehenen Militair-Verdienstkreuzes ertheilt.

Stettin, 30. November. Die Identität des am 19. d. s. Abend gegen 7/8 Uhr von der langen Brücke in die Obergeprungenen und bis jetzt noch nicht aufgefundenen Mannes ist noch immer nicht festgestellt. Ein Augenzeuge des Vorfalles kann nur bekunden, daß jener Mann mit leinenen Hosen bekleidet war und sich in Hemdärmeln befand. Als er auf den Zugflappen der Brücke nur etwa 5 Schritte von dem Zeugen entfernt war, riß er seine Mütze, einen alten zerrißenen j. g. Uedel, vom Kopfe, und warf sie jenem mit den Worten zu: „Adieu mein Lieber!“ und sprang zugleich in's Wasser. Der Zeuge hat die Mütze auf die Stufen vor dem 1. Polizei-Bureau hingelegt, wo sie aber später nicht mehr gefunden ist.

— Vor einigen Tagen wurde vom Hausflur, Königsstraße 3, eine leere eichne Biertonne mit eisernen Bändern, 3 Ehlr. werth, gestohlen.

— Im hiesigen Stadt-Theater kommt am Sonnabend, den 1. Dezember, als letztes Gastspiel der Großherzoglich mecklenburgischen Hofchauspielerin Frau Bethge-Truhn zur Aufführung: „Ein Wintermärchen“, Schauspiel mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Shakespeare, Musik von Fr. v. Flotow.

Colberg, 27. Nov. Vom 1. Dezember ab wird an der pommerschen Küste beim Dorfe Gr.-Horst, 7 1/2 Meilen östlich von Swinemünde und nahezu in der Mitte zwischen Dievenow und Trepow-Deep ein neues Leuchfeuer angezündet werden und das ganze Jahr hindurch von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang brennen. Der neue Leuchthurm, welcher auf einem freien, 69 Fuß hohen steilen Ufer erbaut ist, liegt 54° 5' 47" Nordbreite und 15° 4' 56" Ostlänge von Greenwich; das Feuer ist ein Fresnel'sches Drehfeuer erster Ordnung, welches von 20 zu 20 Sekunden einen hellen Schein von 5 1/2 Sekunden Dauer in einer Höhe von 200 Fuß über dem Wasserpiegel zeigt und von dem Verdeck eines mittleren Schiffes 20 Seemeilen sichtbar sein wird. Der Unterbau des Thurmes mit den anstoßenden Wohngebäuden und dem die Umgangsgalerie tragenden Consolgesims besteht aus dunkelrothen Ziegeln; der eigentliche Thurmkörper ist mit gelbweißen Ziegeln verblendet und an den Ecken mit vertikalen Streifen von in abwechselnden Schichten rothen und schwarzen Ziegeln eingefast.

Neueste Nachrichten.

Köln, 29. November, Mittags. Nach einer Mittheilung der „Kölnischen Zeitung“ aus Paris ist eine Depesche des Marschalls Bazaine im Kriegsministerium eingelaufen, in welcher die Unmöglichkeit nachgewiesen wird, Mexiko vor Ablauf weiterer 2 bis 3 Monate zu verlassen. General Mejia wird in dieser Depesche als der passendste Regent Mexiko's bezeichnet; die künftige Staatsform in Mexiko sei gleichgültig. — Die Gerüchte von Bazaine's Gelüsten auf die Krone Mexiko werden in der betreffenden Korrespondenz für unbegründet erklärt.

Deffau, 29. November, Abends. Der König von Preußen und die Jagdgesellschaft sind Abends 5 1/4 Uhr mit Extrazug von der bei Köthen stattgehabten Jagd zurückgekehrt. Um 6 Uhr findet Galadiner im Schlosse, nach demselben Galavorstellung im Theater Statt.

Dresden, 29. November, Mittags. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte in ihrer heutigen Sitzung mit Einstimmigkeit das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes. Die Versammlung beschloß ferner nach Analogie der Beschlüsse des weimarschen Landtages in dieser Angelegenheit, die Regulirung der

Diätenfrage der betreffenden Ausführungs-Verordnung anheim zu geben. Es wurde schließlich der Antrag der Deputation angenommen, daß mit der Annahme dieses Wahlgesetzes für eine konstituierende Versammlung die Prinzipien eines dauernden Wahlrechts nicht zur Erledigung gebracht sein sollen.

Wesb, 29. November, Nachm. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde ein Antrag Litzas verlesen, in welchem eine aus 15 Mitgliedern bestehende Kommission zur Abfassung der Adresse, die eine restitutio in integrum erbitten soll, verlangt wird. Demnachst folgte die Verlesung eines Antrages Deaks, welcher die vollständige Herstellung der Rechtskontinuität und bezüglich der allgemeinen Angelegenheiten Hinweisung auf die Fortsetzung der Arbeiten der Siebenundschöziger-Kommission in der Adresse fordert.

Toulon, 29. November, Nachm. Die Fregatte „Gomer“ ist gestern Abend nach Civita Vecchia abgegangen, um Depeschen zu überbringen. Auch soll das Schiff das 59. Linienregiment zurückführen. Die Fregatten „Drenouque“ und „Canada“ sind bestimmt, die übrigen Truppen der französischen Okkupations-Division nach Frankreich zurückzubringen.

Madrid, 29. November. Nach einem Telegramm der „Epoca“ aus Lissabon vom gestrigen Tage ist die Königin von Portugal in der Nacht vom 27. zum 28. vorzeitig entbunden worden. Der Gesundheitszustand der Königin giebt indes keine Veranlassung zu Besorgnissen.

London, 29. November, Mittags. Aus Newyork wird vom 28. d. Mts. gemeldet: Nachrichten aus Mexiko zufolge haben die Truppen der Vereinigten Staaten Matamoros besetzt; Kaiser Maximilian soll von Vera-Cruz nach Havannah abgereist sein.

Petersburg, 29. November, Nachmitt. Der Prinz von Wales ist heute Nachmittags 1 1/2 Uhr mittelst Extrazuges der Warschauer Bahn nach Berlin abgereist. Der Kaiser und die Großfürsten gaben dem Prinzen bis zum Bahnhofe das Geleite. — Der preussische Gesandte Graf Rebern wird nächsten Dienstag von hier abreisen. — Nach einer Verordnung des Kriegsministeriums sollen die in Folge der in Polen stattgefundenen diesjährigen Rekrutirung überzählig gewordenen Soldaten der Armee zeitweilig entlassen werden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Dresden, 30. November. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf eines neuen Militärdienstgesetzes beruht auf die allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung; ist Ueberschus über den Bedarf vorhanden, so findet Auslosung Statt. Die Dienstzeit der Fußtruppen beträgt: drei Jahre im aktiven Dienste, vier Jahre in der Reserve, fünf Jahre in der Landwehr; die der Reiterei und der Artillerie 4 Jahre in aktiven Dienst, 3 Jahre in der Reserve, 4 Jahre in der Landwehr. Einjährige Freiwillige sind zulässig. Die gegenwärtig dienenden vollenden ihre sechsjährige Dienstzeit; dafür findet bei ihnen eine Verfürzung der Reserve statt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. November. Witterung: aufklärend. Temperatur + 0° R. Wind SO.

An der Börse.
Weizen fest und höher, loco pr. 85 Pfd. gelber 80—83 R bez., 83 bis 85 Pfd. gelber November 83 1/2, 84 R bez., November-Dezember 82 R nom., Frühjahr 83 1/2, 84 R bez., Br. u. Gb.
Koggen niedriger, pr. 200 Pfd. loco 53—56 R bez., November 54 1/2, 1/4 R bez., u. Br., November-Dezember 54 R bez., Br. u. Gb., Frühjahr 53 R bez., u. Gb., Mai-Juni 53 1/2, R bez., u. Gb.
Gerste loco pr. 70 Pfd. Oberbruch 48 R bez., märker 48 1/2—49 R bez., 70 Pfd. schles. Frühjahr 48 1/2, R bez., u. Gb.
Hafer loco pr. 50 Pfd. 28 1/2—29 R bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 29 1/2, R bez., u. Gb., 30 Br.
Rübsöl matt, loco 12 1/2 R bez., u. Br., November 12 1/4 R bez., u. Br., November-Dezember 12 1/2 R bez., u. Br., Dezember-Januar 12 1/2 R bez., April-Mai 22 1/2 R bez., u. Br.
Spiritus rasch steigend bezahlt, loco ohne Faß 16 1/2, 1/4, 16 1/2, R bez., November 17 1/2, 1/4, 1/4, 1/4 R bez., November-Dezember 16 R bez., u. Br., Dezember-Januar 15 1/2 R bez., Frühjahr 16 1/2, 1/4 R bez., Br. u. Gb.
Angemeldet: 200 Wspl. Weizen, 250 Wspl. Koggen, 100 Centner Rübsöl.

Stettin, den 30. November.

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-	5	—
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	—	—
Hamburg	6 Tag.	151 1/2 G	Used. - Wollin.	—	—
"	2 Mt.	151 bz	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 1/2 B	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	142 1/2 B	Pr. Nat.-V.-A.	4	—
London	10 Tag.	6 24 B	Pr. See-Associ.	—	—
"	3 Mt.	6 22 B	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	80 1/2 B	Pomerania	4	110 bz
"	2 Mt.	80 1/2 B	Union	4	101 G
Bordeaux	10 Tg.	—	St. Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.	—	—
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	700 B
St. Petersburg	3 Wch.	88 1/2 B	N. St. Zucker-	—	—
Wien	8 Tag.	—	Sieder. Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-	—	—
Preuss. Bank	4 1/2	Lomb. 5 %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl. 5457	4 1/2	—	Bredower	4	—
"	5	—	Walzmühl.-A.	5	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	St. Portl.-Cem.	—	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	Fabrik	4	—
Pomm. Pfäbr.	3 1/2	—	Stett. Dampf	—	—
"	4	—	Schlepp-Ges.	5	—
"	4	—	Stett. Dampf-	—	—
Ritt. P. P. B. A.	4	—	schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4	92 G
Berl.-St. Eis-	—	—	Germania	4	100 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	—
"	4	—	Stett. Dampf-	—	—
"	4 1/2	—	mühl.-Ges.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	—	Pommerend.	—	—
"	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt.-O.	4 1/2	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.	—	—	Stettin. Kraft-	—	—
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schaasp.	—	—	Gemeinnützige	—	—
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—